

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Sylvia Bruns, Susanne Victoria, Schütz und Björn Försterling
(FDP)

Wohnraum im Kontext der Sharing Economy

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe, Sylvia Bruns, Susanne Victoria, Schütz und Björn Försterling (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 28.09.2018

Das Bundeswirtschaftsministerium hat eine Studie zum Thema Wohnraum im Kontext der Sharing Economy vorgelegt (<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/sharing-economy-im-wirtschaftsraum-deutschland.html>). Erstellt wurde sie vom Institut der deutschen Wirtschaft in Zusammenarbeit mit DICE Consult.

Die Studie kommt zum Ergebnis, dass es keine Evidenz für Wohnraumverknappung durch die Sharing Economy in Deutschland auf Ebene der Bundesländer und Städte gibt. Insbesondere Airbnb (Airbnb ist Marktführer in Deutschland und Berlin bei der Vermittlung von privaten Unterkünften an Gäste aus aller Welt) und andere Home-Sharing-Plattformen haben keine nennenswerten Auswirkungen auf die deutschen Wohnungsmärkte, es lassen sich „auf regionaler und städtischer Ebene (...) keine Belege für eine durch die Sharing Economy im Unterakunftssektor verursachte Wohnraumverknappung in relevanter Größenordnung finden“.

1. Sieht die Landesregierung vor diesem Hintergrund Bedarf, regulierend in den Home-Sharing-Markt einzugreifen?
2. Sofern eine Regulierung geplant sein sollte: Welche empirischen Daten sprechen in Niedersachsen für bzw. gegen die Notwendigkeit einer Regulierung?
3. Wie groß ist der Anteil an ganzen Unterkünften, die in Niedersachsen mehr als 182 Tage im Jahr über Airbnb oder andere Home-Sharing-Plattformen vermietet wurden?